

In einer Sitzungsunterbrechung tragen Vertreter des Kinder- und Jugendparlamentes ein Statement vor. Darin bringen sie ihre Unzufriedenheit über die jetzige Situation sowie fehlende Unterstützung durch die Politik und Verwaltung zum Ausdruck, zudem fühlten sie sich nicht ernst genommen und seien an vielen Entscheidungen (Alkoholverbot Talstraße, Überlegungen Freibad) nicht beteiligt gewesen. Zudem werde in den falschen Bereichen gespart. Sie würden protestieren, bis ihren Forderungen nachgekommen würde und den Jugendlichen eine gute Zukunft bevorstehe.

Nachdem sich insbesondere der Bürgermeister, der sich immer mit Nachdruck für die Belange des Kinder- und Jugendparlamentes eingesetzt hat, über die Vorwürfe sehr enttäuscht zeigt, entwickelt sich eine rege fraktionsübergreifende Diskussion, ob die Vorwürfe nun berechtigt seien oder nicht. Obwohl verschiedentlich auch deutliche Kritik an den Ausführungen der Jugendlichen angebracht wird, überwiegt doch Verständnis für das Ansinnen, sich massiv für einen Fortbestand des Kinder- und Jugendparlamentes einzusetzen; es seien eben noch etliche Missverständnisse auszuräumen.

Auf Vorschlag von StVR Drexler und im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden Bestgen, wird sich der Sozialausschuss in seiner nächsten Sitzung nochmals mit dem Thema befassen. Zur Vorbereitung dieses Tagesordnungspunktes werden sich vor der Sitzung Vertreter der Verwaltung und des Kinder- und Jugendparlamentes in kleinem Kreis mit der Problematik befassen.

Stv. Dr. Stenschke bittet die Verwaltung, zur Sitzung eine Aufstellung über die von der Stadt in Geld und Sachleistungen erbrachten Leistungen für das Kinder- und Jugendparlament vorzulegen.